

Berufsverbote und ihre Zeit

Referat von Klaus Stein

Die Maßnahmen sind damals nicht über Nacht gekommen. Und das Thema ist etwas weniger vergangen, als es scheint.

Am 28. Januar 1972 beschlossen Bundeskanzler Willy Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder den sogenannten Radikalenerlaß. Genaugenommen war das kein Erlaß, sondern ein politischer Beschluß. Die Berufsverbote sind vorher schon praktiziert worden.

Vorausgegangen war ein „Extremistenbeschluß“ des Hamburger Senats. Er lehnte die Verbeamtung der jungen Lehrerin Ilse Jacobs ab, Tochter eines Antifaschisten.

In NRW war der Lehrer Karl Heinz Henne betroffen. Just am Tage des Beschlusses hatten wir ihn als AStA der Düsseldorfer Kunstakademie, es war ein Freitag, nachmittags in die Aula der Akademie eingeladen.

Schon vier Tage davor hatte die Vollkonferenz der Akademie (also alle Professoren, die Dozenten und die vier beteiligten Studenten) bei sechs Enthaltungen und 26 Zustimmungen gegen den drohenden Beschluß protestiert. Akademie-Professoren hatten sich vor einiger Zeit, ganz unabhängig von uns Studenten, gegen das Berufsverbot Horst Holzer mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Ich vermutete, dass der Professor der Bühnenbildklasse, Theo Otto, dafür die Initiative ergriffen hatte.

Der frühere Innenminister Ernst Benda (CDU) war am 25. September 1971 mit der Forderung nach Berufsverboten in die Öffentlichkeit getreten. Wörtlich: „DKP- oder Spartakus-Mitglieder sind im öffentlichen Dienst untragbar. Soweit die bestehenden Rechtsgrundlagen nicht ausreichen sollten, sind sie zu schaffen oder zu ergänzen.“ Derartige Rechtsgrundlagen indes konnten nicht geschaffen werden, weil namentlich das Grundgesetz dem entgegensteht:

Beispielsweise GG Artikel 33

(1) Jeder Deutsche hat in jedem Lande die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

(2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.

(3) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.

Ich bin seit 1970 in der DKP und war 1971/72 AStA-Vorsitzender der Düsseldorfer Kunstakademie und Mitglied im vds-Zentralrat. Der vds, das war die Vereinigung deutscher Studentenschaften, die repräsentative bundesweite Vereinigung der Studentenvertretungen. Damals waren SHB und MSB Spartakus in den Studentenvertretungen führend. Sie stellten auch den vds-Vorstand. Die Politik, die sie machten, kann am besten unter „gewerkschaftliche Orientierung“ gefaßt werden. Sie wurden folglich GO-ASTen genannt. Was interessierte uns damals politisch?

Der MSB Spartakus bekämpfte den Numerus clausus, er wollte den Ausbau der Hochschulen sowie mehr Arbeiterkinder in ihnen, es ging uns um die Brechung des Bildungsprivilegs, wir forderten eine demokratische Ausbildung und Forschungspolitik. Marx an die Uni! Gegen reaktionäre Hochschulgesetze. Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung, für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten.

Nach dem Zerfall des SDS und seiner Auflösung im März 1970 hatten sich SHB und MSB, also die Aktionseinheit von sozialdemokratischen und kommunistischen Studenten, in den Studentenvertretungen durchgesetzt. Das alarmierte die herrschende Klasse. Die neue Ostpolitik sollte keinesweg zu einem größeren Einfluß der Linken in der BRD führen - gar der Kommunisten, die nach dem KPD-Verbot von 1956 erst wieder 1968 mit Neugründung der DKP legal wirken konnten. Es galt zu verhindern, dass es als normal gelten könnte,

Kommunist zu sein. Erst recht mochte man nicht die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten - und sei es nur auf dem Gebiet der Hochschule.

Damals tobte der Vietnamkrieg, der bis zur amerikanischen Niederlage 1975 3 Millionen vietnamesische Opfer forderte. Auch die US-Amerikaner hatten zehntausende von Opfern zu beklagen.

Es wurde heftig um die Anerkennung der DDR, die Anerkennung der Grenzen Polens, um Abrüstung und angesichts der atomaren Bedrohung für eine Friedenspolitik gestritten.

Willy Brandt konnte am 10. Dezember 1971 wegen seiner Ostpolitik den Friedensnobelpreis entgegennehmen.

Um die damalige politische Lage etwas zu illustrieren, möchte ich weitere Ereignisse des Jahres 1972 nennen.

- Im Januar 1972 vereinbarte die ÖTV die Reduktion der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochen.
- Richter und Geschworene in Kalifornien kapitulierten gegenüber der weltweiten Solidaritätskampagne für Angela Davis, die unter fadenscheinigen Vorwänden der Beihilfe zum Mord angeklagt wurde, und ließen sie zu Prozeßbeginn am 23. Februar frei. Am 4. Juni 1972 wurde sie schließlich freigesprochen.
- Am 27. April 1972 stimmte der Bundestag über das Misstrauensantrag gegen den Bundeskanzler Willy Brandt ab. Es ging vor allem um die Ostverträge. Überall in der Bundesrepublik, auch in Düsseldorf, gab es aus diesem Anlass Streiks und Demonstrationen. Statt der nötigen 249 Stimmen erhielt der Antrag nur 247.
- Drei Tage danach, am 30. April 1972, wurde der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hubert Schrübbers (* 3. November 1907 in Recklinghausen; † 26. September 1979 in Unterach am Attersee) in den Ruhestand versetzt. Das Amt hatte er seit dem 1. August 1955 innegehabt. Grund seiner Entlassung: seine Verwicklung in die NS-Justiz. Diese Tatsache war kurz vorher öffentlich zur Kenntnis genommen worden. Die reguläre Pensionierung wäre ohnehin im gleichen Jahr erfolgt. Selbstverständlich ist aber nicht auszuschließen, dass weniger Schrübbers' Nazivergangenheit als seine Intrigen beim Abwahlversuch von Brandt die Entlassung zur Folge hatten.
- Die RAF verübte einen Rohrbomben-Anschlag auf Eingangsportal und Offizierscasino des V. US-Korps im IG-Farben-Haus in Frankfurt am 11. Mai. Ein US-Soldat kam dabei ums Leben. Es folgten weitere Anschläge in diesem Monat, vor allem gegen Einrichtungen der US-Armee.
- Am 26. Mai unterzeichneten Nixon und Kossygin den SALT-I-Vertrag. Mit ihm wurde die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (ICBN, SLBM) festgelegt.
- In einem Waldstück in der Nähe des Dorfes Peteano, nördlich von Triest, explodierte am 31. Mai 1972 eine Autobombe und tötete drei Carabinieri, nachdem sie durch einen anonymen Anruf dorthin gelockt worden waren. Mit einem weiteren anonymen Anruf bekannten sich die Roten Brigaden zu dem Anschlag. Die Polizei griff hart durch und verhaftete etwa 200 Kommunisten. Aber im Jahr 1984 entdeckte der italienische Richter Felice Casson eine ganze Serie von Fehlern und Fälschungen. Er konnte dem Faschisten Vincenzo Vinciguerra nachweisen, dass er die Bombe gelegt hatte. Vinciguerra legte ein Geständnis ab. Casson deckte auf, dass die faschistische Organisation Ordine Nuovo gemeinsam mit dem italienischen Geheimdienst SID den Anschlag von Peteano durchgeführt hatte.
- Am Montag, den 29. Mai 1972, Mitgliederversammlung der Düsseldorfer Gruppe des MSB Spartakus. Hauptthema: Heinrich Heine. Wir bereiteten Aktivitäten vor zur Benennung der Universität nach dem Dichter anlässlich seines 175. Geburtstages am 13. Dezember. Eine Folge war eine große Veranstaltung in Uni-Mensa am Mittwoch, 7. Juni, mit achthundert Besuchern, das „Heine-Hearing“. Auf dem Hearing hielt Hermann Kesten, PEN-Präsident der BRD, in der Nazizeit selbst zur Emigration nach Paris gezwungen, einen Vortrag: Heine lebt. Durchsetzen konnten sich die Heine-Freunde erst 16 Jahre später. 1988 wurde die Düsseldorfer Uni offiziell nach Heine benannt.

- 17. Juni 1972: Einbruch im Watergate-Hotel, wo die Demokratische Partei der USA ein Wahlkampfbüro hat. Im selben Jahr gewann er zwar noch einmal die Wahlen, aber am 9. August 1974 mußte Nixon wegen Watergate zurücktreten.
- Auf der Kasseler Documenta im Sommer 1972 wurden erstmalig Bilder auch von DDR-Künstlern gezeigt: Werner Tübke, Mattheuer, Sitte und Heisig.
- In München fand in diesen Tagen, vom 26. August bis 11. September 1972 die Olympiade statt. Am 5. September nahmen acht Palästinenser elf Sportler und Funktionäre der israelischen Mannschaft als Geiseln. Am Ende waren alle elf Israelis tot, fünf von acht Palästinensern und ein Polizist. Die Olympiade wurde zuende geführt. Zum ersten Mal übrigens wehte die DDR-Flagge bei Olympia. 66 Mal standen ihre Sportler auf dem Siegerpodest, 26 mal öfter als die Westdeutschen.
- Im März hatten Eltern von verschiedenen Düsseldorfer Kinderläden zu einer Initiative für kleine Klassen in der Grundschule eingeladen. Derartige Initiativen wurden landesweit tätig. Höhepunkt war eine Demonstration der Landesinitiative Grundschule am 7. Oktober 1972. Tatsächlich wurden bald mehrere tausend Grundschulstellen im Landtag beschlossen, allerdings gab es zunächst noch keine Lehrer, die sie hätten ausfüllen können. Auch in Oberhausen gab es eine starke Initiative seinerzeit.
- Am 11. Oktober wurde an der Düsseldorfer Akademie Professor Joseph Beuys gekündigt. Anlaß war eine Aktion gegen die Einschränkung von Studienplätzen, also des Numerus Clausus.
- Am 21. Dezember 1972 wurde der umstrittene Grundlagenvertrag mit der DDR unterzeichnet. Die DDR war damit faktisch anerkannt.

Am Dienstag, 16. Januar 1973, waren ungewöhnlich viele Kolleginnen und Kollegen zur außerordentlichen Jahreshauptversammlung (JHV) der Düsseldorfer GEW gekommen. Weit über 200 KollegInnen. Es ging um die Berufsverbote. Anlass war eine Mitgliederversammlung im vergangenen Oktober gewesen, auf der ein Beschluss gegen die Berufsverbote gefasst worden war. Das rechtfertigte in den Augen der rechtssozialdemokratischen Vorstandsmehrheit Empörung und Rücktritt mit kommissarischer Geschäftsführung bis zur bald fälligen außerordentlichen JHV. Ein Jahr vorher hatte mich die Jahreshauptversammlung zum stellvertretenden Vorsitzenden des Düsseldorfer Stadtverbands gewählt. Das sollte revidiert werden. Die SPD hatte mobilisiert. Aber anders als geplant diskutierte die Versammlung überraschend sachlich über die politischen Wirkungen den Radikalenerlasses. Auch das Ergebnis fiel etwas anders aus, als die Vorstandsmehrheit erhofft hatte. Mittlerweile war aus den christlich regierten Ländern Schleswig-Holstein und Bayern bekannt geworden, dass hier sogar schon junge Sozialdemokraten daran gehindert wurden, im ausgebildeten Beruf tätig zu werden, nachdem sie vom Verfassungsschutz verfassungsfeindlicher Tätigkeit beschuldigt worden waren. Folglich bekräftigte die Versammlung den Beschluss gegen den „Radikalenerlass“. Und die Düsseldorfer GEW änderte diese Haltung auch künftig nicht. Selbst die Zusammensetzung des Vorstands blieb nach diesem Abend erhalten.

Ich kann mich an die damals genannten Fälle von betroffenen Sozialdemokraten nicht mehr erinnern, aber beispielsweise wird in Bayern zwei Jahre später der Juristin Charlotte Nieß die Einstellung verweigert. Der Vorwurf: Mitgliedschaft in der Vereinigung demokratischer Juristen. Sie fand wenig später Asyl in NRW, wird Ministerialrätin, trat irgendwann zu den Grünen über und war bis zu ihrem Ruhestand Umweltdezernentin in Düsseldorf. Spektakulär wurde in Düsseldorf der Fall des Gerichtsassessors Volker Götz. Im Frühsommer 1973 hätte er eingestellt werden sollen. Der Jurist Dieter Posser hatte jahrelang als „Anwalt im Kalten Krieg“ (so der Titel seiner sehr lesenswerten Erinnerungen) Kommunisten in politischen Prozessen verteidigt. Am 6. Juni 1973 ernannte er als Justizminister Volker Götz zum Richter auf Probe. Aber der Präsident des Oberlandesgerichts und ehemalige SA-Mann, Richter Thuncke, weigerte sich, diese Anstellung tatsächlich vorzunehmen und die Urkunde auszuhändigen. Er „remonstrierte“.

Posser bestand indes auf seiner Entscheidung. Aber durch den Druck der FDP-Minister (und sicherlich auch rechter Sozialdemokraten) im Kabinett Kühn wurde Possers Entscheidung schließlich revidiert.

Diese Nachricht wurde am 1. August 1973 in der ARD in Tagesschau ausführlich berichtet und mittels nachfolgender Sondersendung bewertet. In Düsseldorf bildete sich eine Bürgerinitiative. Es nützte nichts. Volker Götz mußte auf das Richteramt verzichten und konnte immerhin noch als Rechtsanwalt praktizieren.

Besagter Richter Thuncke ging einige Jahre später in den Ruhestand. Von allen Entscheidungen, die er in seinem langen Richterleben getroffen hatte, war der FAZ ausschließlich die Weigerung, Volker Götz einzustellen, eine Erwähnung wert.

Zunehmend wurden die Berufsverbote im Ausland kritisiert. Etwa in Frankreich stieß das Berufsverbot gegen Silvia Gingold auf Empörung. Peter Gingold, ihr Vater, hatte an hervorragender Stelle als Jude und Kommunist im französischen Widerstand gegen die Nazis gekämpft, war mit knapper Not der Hinrichtung entkommen, und genießt noch heute ein hohes Ansehen in Frankreich. In Frankreich entstand eine starke Solidaritätsbewegung gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik. Aber auch in anderen Ländern regten sich Proteste.

Ende 1974 war ich mit meinem 1. Staatsexamen soweit. Meine Fächer für das Lehramt am Gymnasium: Kunst und Kunstwissenschaft. Aber mir wurde zunächst noch die Einstellung in das Referendariat verweigert. Mit der berühmten Formel: ich böte nicht die Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Zweifel an meiner Verfassungstreue wurden aus der Teilnahme an einigen DKP-Konferenzen abgeleitet, aber auch aus dem Umstand, dass ich als AStA-Vorsitzender der Kunstakademie im Zentralrat des vds saß.

Wochen später konnte ich zwar meinen Vorbereitungsdienst antreten, bekam aber lange vor dem zweiten Staatsexamen den Bescheid, dass ich nicht eingestellt werden würde. Ich machte es wie viele der Betroffenen, nämlich meine Lage öffentlich, und reichte außerdem Klage ein. In Düsseldorf bildete sich wie in etwa 300 Städten der Bundesrepublik eine Initiative gegen Berufsverbote. Sie bekam zu tun. Bald häuften sich die Fälle in Düsseldorf. Ende der siebziger Jahre gab es etwa alle halbe Jahre große bundesweite Demonstrationen gegen die Berufsverbote, immer wieder internationale Konferenzen. Ich wurde nach Nantes eingeladen, der Partneruniversität von Düsseldorf, wo mir die dortigen Genossen und Gewerkschaftskollegen auf Veranstaltungen und Pressekonferenzen Gelegenheit gaben, über meinen Fall und andere zu berichten. Ebenso in Schweden, in Großbritannien. In Krefeld, wo ich als Referendar gewesen bin, bildete sich eine Initiative mit guten Beziehungen zu den Niederlanden. Werner Stertzenbach, als Widerstandskämpfer in den Niederlanden hochgeachtet, sorgte mit seinen Verbindungen für dortige Öffentlichkeit. Auf einer Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-UdSSR in Moskau bekam ich mal Gelegenheit, Klaus von Dohnanyi zu widersprechen, als er dort zur Rede gestellt wurde und die Berufsverbote zu rechtfertigen suchte.

Fast alle Betroffenen beteiligten sich auf diese Weise an diesem Kampf. Und ich behauptete, dass seine Wirkungen weit in andere Felder der Demokratie reichte.

Wer hat denn bemerkt, dass wir mit dem Zensus 2011 im vergangenen Jahr eine Volkszählung hatten? Die Volkszählung 1984 dagegen mußte abgesagt werden, 1987 ist sie weitgehend gescheitert – am Widerstand des zu zählenden Volkes, aus Sorge vor Mißbrauch der Daten.

Es änderten sich allmählich auch die Gerichtsurteile, beginnend mit den Arbeitsgerichten. Aber erst 1995 konnte Dorothea Vogt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in ihrem Fall eine Entschädigung wegen Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention erstreiten. Sie war seit 1991 wieder im Dienst. Heute gilt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das eine Diskriminierung wegen politischer Überzeugungen verbietet. Damit wurde eine entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt. Trotzdem belegten im Jahr 2004 die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen den

Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszókóczy mit Berufsverbot, weil er sich in antifaschistischen Gruppen engagiert hatte. Erst 2007 wurde seine Ablehnung für den Schuldienst durch die Gerichte endgültig für unrechtmäßig erklärt. Michael Csaszókóczy mußte eingestellt werden. Das Gericht erzwang sogar eine Entschädigung.

Bundesweit zählt die Bilanz der Berufsverbotepolitik insgesamt 11 000 Fälle. 2 200 Disziplinarverfahren, 1 250 bekannt gewordene Ablehnungen und 265 Entlassungen. Betroffen waren überwiegend Mitglieder der DKP oder Menschen, die man dafür hielt, nicht wenige Anhänger maoistischer Organisationen bis hin zu Friedensbewegten, denen „mangelnde Distanz“ zu den Kommunisten vorgeworfen wurde. Es betraf vorwiegend Lehrer, aber auch Briefträger, Zöllner wie Museumsangestellte, Universitätsprofessoren wie Lokomotivführer.

Alles auf der Grundlage von „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes, wie die Verdächtigungen hochtrabend genannt wurden. Legale Tätigkeiten wurden als „verfassungsfeindlich“ und „extremistisch“ diffamiert und kriminalisiert. Die Geheimdienste erstellten damals ganz handwerklich, noch ohne Videoüberwachungen, Bundestrojanern, Facebook und Onlinedurchsuchungen die politischen Lebensläufe von politisch Aktiven und übergaben sie den Einstellungsbehörden.

Die Berufsverbote auf der einen Seite, die Verketzerung der Linken als Terroristenfreunde und Sympathisanten der RAF auf der anderen Seite gehörten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu den beherrschenden innenpolitischen Themen. Das trug dann in der Tat dazu bei, dass der entscheidende Einfluß der gewerkschaftlich orientierten Studentenvertretungen mit SHB und MSB Spartakus zurückging.

Aber auch die Politik der Berufsverbote überlebte die achtziger Jahre nicht. Große Demonstrationen, Kongresse, internationale Proteste setzen die Berufsverbote unter Druck. Schon 1980 mußte die NRW-SPD im Landtagswahlkampf versprechen, ihre diesbezügliche Politik zu revidieren. In der Folge wurden allein in NRW über 80 Fälle „bereinigt“. Auch in meinem Fall hat die Landesregierung auf die Revision eines für mich günstigen Arbeitsgerichtsurteils Ende 1980 verzichtet, mich eingestellt und schließlich verbeamtet. Bis zum Ruhestand im Jahr 2007 war ich gerne Lehrer und, ich denke, auch ein guter. Für mich und meine KollegInnen war es normal, dass ich als Kommunist Lehrer war.

Noch zwei Bemerkungen zum Schluß:

1. Die Politik der Berufsverbote hat in brutaler Weise mit der Wende in der DDR eine massenhafte Neuauflage erlebt.

Ich habe es in Karl-Marx-Stadt, damals schon wieder Chemnitz, gesehen. Hier allein sind 1000 Lehrerinnen und Lehrer, allein aus Gründen ihrer Mitgliedschaft in der SED, entlassen worden. Auf dem Gebiet der DDR insgesamt Zehntausende Lehrer, Zehntausende Hochschullehrer.

2. Bei all diesen verfassungswidrigen Maßnahmen hat es keinerlei Klage über mangelnde Effizienz des Verfassungsschutzes gegeben, obwohl er in den siebziger Jahren noch nicht überall die elektronischen Hilfsmittel verfügte, die heute massenhaft zur Überwachung eingesetzt werden.

Aus diesem Grund bin ich außerordentlich mißtrauisch, wenn dem Verfassungsschutz Nachlässigkeit und Schlamperei gegenüber dem faschistischen Terror etwa des NSU zugestanden wird. Hier wirken Absichten. Unser Inlandsgeheimdienst erfüllt politische Zwecke. Die Nazis werden als Terrorpotential gegen die Bevölkerung benötigt, für den Fall, dass sie angesichts der Krisenfolgen zu Revolten neigen sollte.

*Oberhausen, 9. Februar 2012
Klaus Stein*